

Ihre Abgeordnete Nadine Schön informiert:

BERLIN AKTUELL

DIE WOCHEN IM BUNDESTAG VOM 7.04.-11.04.2014



Ausgewählte Termine in dieser Sitzungswoche:

- Montag: Diskussion mit Besuchergruppe der ERS Namborn
- Montag: Fraktionsrunden meiner beiden Geschäftsbereiche
- Montag: Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes der Bundestagsfraktion, des Fraktionsvorstandes sowie Fraktionssitzung
- Montag: Gemeinsame Sitzung der Landesgruppen Saarland und Rheinland-Pfalz
- Dienstag: Fachgespräche

Abonnieren auch Sie den Newsletter von Nadine Schön und schreiben Sie an: nadine.schoen@bundestag.de

- Dienstag: Pressegespräch zum Thema Bekämpfung von Zwangsprostitution und Menschenhandel
- Dienstag: Treffen der FU-Netzwerkerinnen
- Mittwoch: Generaldebatte zur Einbringung des Haushalts
- Mittwoch: Fachgespräche
- Donnerstag: Koalitionsrunde FSFJ zu Vertraulicher Geburt
- Donnerstag: Sitzung Gruppe der Frauen und Junge Gruppe
- Donnerstag: Rede im Plenum zum Haushalt für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Freitag: Bürobesprechungen
- Freitag: Telefonkonferenz mit Bundesfamilienministerin Schwesig

LICHT INS DUNKELFELD DER PROSTITUTION BRINGEN!

Die Unionsfraktion will Frauen vor Menschenhandel und Zwangsprostitution besser schützen, die Täter konsequenter bestrafen und Bordelle stärker regulieren.

Im Rahmen einer Pressekonferenz haben wir dazu ein Eckpunktepapier vorgestellt.

Nach Angaben der EU-Kommission halten sich ca. 200.000 Zwangsprostituierte in Europa auf. Deutschland ist durch das 2001 von der rot-grünen Bundesregierung liberalisierte Prostitutionsgesetz zum „Bordell Europas“ geworden. Darunter leiden tausende Zwangsprostituierte, vornehmlich aus Osteuropa.

Unser Maßnahmenpaket sieht u.a. eine Mindestaltersgrenze von 21 Jahren vor, die Heranwachsende besser schützen soll. Darüber hinaus wollen wir eine Anmeldepflicht, regelmäßige Gesundheitsuntersuchungen und mehr Sozial- sowie Beratungsangebote. Zudem sollen



menschenunwürdige Geschäftsmodelle wie Flatrate-Angebote verboten werden.

Derzeit ist es einfacher ein Bordell zu eröffnen, als eine Pommestube. Daher ist die Einführung einer behördlichen Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten geboten. Dabei soll die Polizei umfassende Kontrollrechte erhalten und ein Bordell auch ohne Verdacht betreten dürfen. Von den verpflichtenden Gesundheitsuntersuchungen beim Amtsarzt erhoffen wir uns, dass dies für Opfer einen Vertrauensraum für offene Gespräche schafft

sowie die Möglichkeit zu Beratung und Hilfe. Ein verbessertes Aufenthaltsrecht für ausländische Zwangsprostituierte sowie Strafen für Freier, die Zwangsprostituierte willentlich und wissentlich ausnutzen, runden unser Maßnahmenpaket ab. Wir werden Lösungen zur Beseitigung der massiven Missstände, insbesondere auch in unserer saarländischen Grenzregion, anbieten.

Unser Ziel ist es, uns bis zur Sommerpause mit dem Koalitionspartner auf die Grundzüge eines gemeinsamen Gesetzentwurfs zu verständigen

„SCHWARZE NULL“

Die Woche stand ganz im Zeichen des ersten Haushaltsentwurfs der Großen Koalition. Dabei ist die wichtigste Botschaft der viertägigen Haushaltsdebatte: Wir schaffen die Abkehr von der Politik der Schuldenfinanzierung, wie sie in den letzten vier Jahrzehnten betrieben wurde.

Nach dem strukturellen Haushaltsausgleich in diesem Jahr wollen wir ab 2015 sogar ganz ohne neue Schulden auskom-

men. Das gab es zuletzt 1969.

Es wird also eine unionsgeführte Regierung und Koalition sein, die 2014 den strukturellen Haushaltsausgleich schaffen wird.

Wenn keine zum jetzigen Zeitpunkt unvorhersehbaren Ausgaben und Belastungen bevorstehen, dürfte am Ende des Jahres die langersehnte „schwarze Null“ stehen. „Schwarz“ ist dieser Erfolg auch deshalb, weil er ohne die

Regierungsbeteiligung der Union nicht denkbar gewesen wäre.

Wir sind es, die in der dritten Wahlperiode in Folge unbeirrt den Kurs einer wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik durchgesetzt haben. CDU und CSU meinen es ernst mit der Verantwortung für künftige Generationen. Besser als durch einen stetig gesunden Haushalt kann man das nicht unter Beweis stellen.

Meldungen:

Berlin: Unternehmen mit bis zu 249 Mitarbeitern erwirtschafteten 2012 rund 58 % der Wertschöpfung der gewerblichen Wirtschaft der EU und stellten rund 66 % aller Arbeitsplätze. In den meisten EU-Ländern haben diese Unternehmen jedoch stark unter der Krise gelitten: Lagen die Beschäftigungszahlen der Großunternehmen 2012 im Durchschnitt 1,2 % unter denen von 2008, so waren es bei den kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) 1,7 %. Die Wertschöpfung sank um 4,8 % (Großunternehmen 2,1 %). Deutsche KMU bilden eine der wenigen Ausnahmen: Hier stieg die Wertschöpfung um 12, die Beschäftigung um 17 % (Großunternehmen: 6 bzw. 8 %).

(Quelle: DIW Berlin)

Berlin: In Deutschland leben 7,85 Mio. Pflegebedürftige. Davon erhalten insgesamt rund 4,7 Mio. informelle Pflege, d. h. sie werden von Bekannten oder Verwandten gepflegt. Von den informellen Pflegeleistenden sind 60 % im erwerbsfähigen Alter. Waren 2001 noch 53 % dieser Gruppe tatsächlich erwerbstätig, so sind es 2012 fast 66 %. Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten unter den erwerbstätigen Pflegenden hat sich von 29 auf 40 % erhöht. Immer seltener lebt der Pflegebedürftige im selben Haushalt wie der erwerbsfähige Pflegenden. 2001 war dies noch bei 31 % der Fall, 2012 nur noch bei 23 %.

(Quelle: DIW Berlin)

Impressum:

Bundestagsbüro Nadine Schön
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 700 49
Fax: 030 / 227 766 41
Mail: Nadine.Schoen@bundestag.de
Internet: www.nadine-schoen.de

PRAKTIKANTIN JULIA GABY MEIER

Julia Gaby Meier aus Ottweiler hat ein sechswöchiges Praktikum in meinem Berliner Büro absolviert. Über ihre Beweggründe und Eindrücke habe ich mich mit der 20jährigen Studentin unterhalten:

Warum wolltest du ein Praktikum in Berlin machen?

Mein Studiengang Integrative Sozialwissenschaften an der TU Kaiserslautern teilt sich im höheren Fachsemester in Politik und Soziologie. Da ich mich für eine der beiden Fachrichtungen entscheiden muss, liegt mir daran, Erfahrungen in den jeweiligen Bereichen zu sammeln. Da kam diese Möglichkeit gelegen, meinen Horizont im Bereich Politik in deinem Büro zu erweitern.

Hat sich dein Blickwinkel zur Politik verändert?

Wenn ich zu Hause Nachrichten oder Plenarsitzungen ver-



folge, dann weiß ich, dass sich die eigentliche Arbeit nicht im Plenarsaal abspielt. Wie intensiv, stressig und zeitaufwändig die Arbeit einer Abgeordneten aber tatsächlich ist, kann ich nun besser einschätzen.

Welche Aufgabe haben dich am meisten interessiert?

Ich war häufig in Recherchetätigkeiten zu ausschussrelevanten Themen eingebunden, was immer sehr spannend war. Auch die Termine und Fachgespräche, an denen ich teilnehmen durfte, waren sehr interes-

sant. In Kombination mit der üblichen Bürotätigkeit sowie der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung von Besuchergruppen, waren es insgesamt aufregende und kurzweilige sechs Wochen.

Als besondere Herausforderung erwies sich dabei, einer IPS-Stipendiatin und russischen Co-Praktikantin mittels eines eigens erstellten Deutsch-Saarländischen Vokabelheftes „Saalännisch für Anfänger“ zu vermitteln. Hier hatte ich das Glück, dass einer der Referenten ebenfalls Saarländer ist und mich tatkräftig unterstützte.

Mir hat die Zeit sehr viel Spaß gemacht. Für mich selbst und meine spätere berufliche Laufbahn ziehe ich die Möglichkeit, irgendwann als wissenschaftliche Mitarbeiterin ein Abgeordnetenteam zu unterstützen, durchaus in Betracht.

FAST 8 MILLIARDEN EURO FÜR EINE GUTE FAMILIENPOLITIK

In meiner Rede im Deutschen Bundestag zur Einbringung des Einzelhaushalts Familie, Senioren, Frauen und Jugend habe ich die Grundzüge unserer Familienpolitik skizziert.

7,96 Milliarden Euro sind in diesem Haushalt originär für eine gute Familienpolitik eingestellt.

Damit fördern wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft: mehr Miteinander, mehr Gemeinsamkeit sowie familiärer und gesellschaftlicher Zusammenhalt ebenso wie mehr Zusammenhalt der Generationen und der Kulturen in unserem Land. Darum geht es uns in der Familienpolitik.

Allerdings ist es nicht der Staat allein, der diesen Zusammenhalt stärken kann, den unser Land lebenswert macht. Es sind die Menschen. Menschen, die für andere da sind, die helfen, Zeit einbringen. Um diese Menschen geht es in all den



Projekten, Programmen und Haushaltstiteln unseres Familienrats

Insgesamt sind es nahezu 200 Milliarden Euro, die Familien in irgendeiner Weise zugute kommen. Dadurch wollen wir die Grundlage für ein wirklich familienfreundliches Deutschland schaffen.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es allerdings mehr als finanzieller Rahmenbedingungen. Wir müssen unseren Alltag und sämtliche Lebensbereiche auf Familienfreundlichkeit hinterfragen und einen Mentalitätswandel begleiten. Das fängt natürlich in der Arbeitswelt bei

familienbewussten und flexiblen Arbeitszeiten an. Die Betrachtung geht aber viel weiter und umfasst die alltäglichen Situationen und Herausforderungen, denen Familien mit Kindern ausgesetzt sind: Eltern-Kind- sowie Seniorenparkplätze ebenso wie

getrennte Kassen im Supermarkt mit unterschiedlichen Wartezeiten, kinderfreundliche Autobahnraststätten oder echte Familienhotels, die den Namen auch verdienen.

Die Debatte, die wir führen müssen, geht also weit über Haushaltsmittel, die wir bereit stellen, hinaus. Es gilt vieles grundlegend zu ändern, damit Deutschland ein strukturell und im Alltag tatsächlich familienfreundliches Land wird.

Meine vollständige Rede ist unter www.bundestag.de (Mediathek) zu sehen oder unter Dokumente - Protokolle nachzulesen.